

# Bundesgesetzblatt <sup>2197</sup>

Teil II

Z 1998 A

1975	Ausgegeben zu Bonn am 12. Dezember 1975	Nr. 73
------	---	--------

Tag	Inhalt	Seite
14. 10. 75	Bekanntmachung der Vereinbarung zwischen dem Bundesminister für Verkehr der Bundesrepublik Deutschland und dem Verkehrsminister der Vereinigten Staaten von Amerika über Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Verkehrs .....	2197
6. 11. 75	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Straßburger Abkommens über die Internationale Patentklassifikation .....	2200
10. 11. 75	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes .....	2200
13. 11. 75	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung von Sierra Leone über den Luftverkehr .....	2201
14. 11. 75	Bekanntmachung zu den Artikeln 25 und 46 der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten .....	2201
17. 11. 75	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens über Maßnahmen auf Hoher See bei Ölverschmutzungs-Unfällen .....	2202
17. 11. 75	Bekanntmachung des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Dahome über Kapitalhilfe .....	2202
17. 11. 75	Bekanntmachung über das Inkrafttreten der Verordnung und des Neunten Protokolls zur Verlängerung der Geltungsdauer der Erklärung über den vorläufigen Beitritt Tunesiens zum Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen .....	2204
21. 11. 75	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Sambia zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen .....	2204
21. 11. 75	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Übereinkommens Nr. 132 der Internationalen Arbeitsorganisation über den bezahlten Jahresurlaub (Neufassung vom Jahre 1970) .....	2205
21. 11. 75	Bekanntmachung über die Änderung der Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation und den Geltungsbereich .....	2206
25. 11. 75	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Zollübereinkommens über den internationalen Warentransport mit Carnets TIR .....	2211
26. 11. 75	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens zur Vereinheitlichung der Methoden zur Untersuchung und Beurteilung von Wein .....	2211

**Bekanntmachung  
der Vereinbarung zwischen dem Bundesminister für Verkehr  
der Bundesrepublik Deutschland  
und dem Verkehrsminister der Vereinigten Staaten von Amerika  
über Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Verkehrs**

Vom 14. Oktober 1975

In Washington ist am 3. September 1975 eine Vereinbarung zwischen dem Bundesminister für Verkehr der Bundesrepublik Deutschland und dem Verkehrsminister der Vereinigten Staaten von Amerika über Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Verkehrs unterzeichnet worden. Die Vereinbarung ist nach ihrer Nummer V

am 3. September 1975

in Kraft getreten; sie wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 14. Oktober 1975

Der Bundesminister für Verkehr  
In Vertretung  
Heinz Ruhnau

**Vereinbarung  
zwischen dem Bundesminister für Verkehr  
der Bundesrepublik Deutschland  
und dem Verkehrsminister der Vereinigten Staaten von Amerika  
über Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Verkehrs**

**Memorandum of Understanding  
between the Secretary of Transportation  
of the United States of America  
and the Federal Minister of Transport of the Federal Republic of Germany  
Concerning Cooperation in the Field of Transportation**

I. Der Bundesminister für Verkehr der Bundesrepublik Deutschland und der Verkehrsminister der Vereinigten Staaten von Amerika (im folgenden als Vertragsparteien bezeichnet) —

im Hinblick auf ihre seit langer Zeit bestehende enge Zusammenarbeit auf verschiedenen Gebieten;

angesichts der erfolgreichen Zusammenarbeit auf den Gebieten des Experimentiersicherheitsfahrzeugs (Vereinbarung vom 5. November 1970) und der Forschung zur Verkehrssteuerung auf Alternativstrecken und in städtischen Straßennetzen (Projektvereinbarung vom 16. Februar 1972);

sowie angesichts der für beide Seiten nutzbringenden Zusammenarbeit im Hinblick auf ein Programm von Systemanalysen zur Prüfung und Bewertung von flugbetrieblichen und technischen Vorkehrungen von Luftfahrtunternehmen (FAA-Vereinbarung Nr. NAT-I-252 vom 21. Dezember 1973);

eingedenk der besonderen Vereinbarung, die zwischen den Bundesministern für Forschung und Technologie sowie für Verkehr der Bundesrepublik Deutschland und dem Verkehrsminister der Vereinigten Staaten von Amerika über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Entwicklung neuartiger Verkehrssysteme, insbesondere spurgebundener Hochleistungsschnellbahnen mit berührungsfreier Fahrtechnik, (vom 12. Juni 1973) geschlossen wurde;

in dem Bestreben, die weitere Zusammenarbeit zwischen den Verkehrssachverständigen der Vertragsparteien zu fördern, um Lösungen für Probleme beiderseitigen Interesses zu finden und Verbesserungen in den Verkehrssystemen und -techniken unter Vermeidung kostspieliger und unnützer Doppelarbeiten bei den gemeinsamen Bemühungen der Vertragsparteien zu erzielen —

treffen hiermit diese Vereinbarung als Grundlage ihrer für beide Seiten vorteilhaften Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Verkehrs.

II. Zur Erreichung der Vorteile einer Zusammenarbeit im Sinne dieser Vereinbarung kommen die Vertragsparteien wie folgt überein:

(a) Außer der Erfüllung der Verpflichtungen, die in den in Absatz I genannten Vereinbarungen enthalten sind, werden sie auf den Gebieten des Verkehrs, die in Absatz III genannt sind oder zu einem späteren Zeitpunkt vereinbart werden können, einen Informationsaustausch und gemeinsame Projekte durchführen.

I. The Secretary of Transportation of the United States of America and the Federal Minister of Transport of the Federal Republic of Germany (hereinafter referred to as the Parties),

in view of their long-standing close cooperation in various fields;

having undertaken fruitful cooperation in the fields of Experimental Safety Vehicles (Memorandum of Understanding dated November 5, 1970), and Research on Alternate Routing Traffic Control and on Urban Network Control (Project Agreement dated February 16, 1972);

having also undertaken mutually beneficial cooperation on a system-worthiness analysis program for analyzing and evaluating operational and technical systems of aircraft operators (FAA Agreement No. NAT-I-252, dated December 21, 1973);

taking note of the separate Memorandum of Understanding concluded between the Secretary of Transportation of the United States of America and the Federal Ministers for Research and Technology and of Transport of the Federal Republic of Germany regarding cooperation on the development of advanced ground transportation, particularly tracked, levitated high-speed transportation systems (dated June 12, 1973);

desiring to promote further cooperation between the transportation specialists of the Parties in finding solutions to problems of mutual concern, and in improving transportation systems and techniques without the costly and wasteful duplication of parallel national efforts;

herewith agree this Memorandum of Understanding as the basis for their continued mutually advantageous cooperation in the field of transportation.

II. To realize the benefits of cooperation pursuant to this Memorandum of Understanding, the Parties agree that:

(a) In addition to fulfilling the commitments contained in the specific agreements mentioned in paragraph I above, they will undertake to exchange information and develop cooperative projects in such fields of transportation as are identified in paragraph III below and as may subsequently be agreed.

- (b) Gemeinsame Projekte werden Gegenstand von Projektvereinbarungen sein, in denen die Informationen und Erfahrungen, die ausgetauscht werden sollen, beschrieben und die Einzelheiten einer gegebenenfalls hierbei entstehenden Kosten- oder Aufgabenteilung aufgeführt werden. Derartige Projektvereinbarungen werden Anlagen zu dieser Vereinbarung.
- (c) Aktivitäten im Zusammenhang mit diesem Programm hängen davon ab, inwieweit finanzielle Mittel verfügbar sind.
- (d) Jede Vertragspartei hat einen geeigneten Beamten als Programm-Koordinator ernannt, der diese Vereinbarung durchführen soll. Die Programm-Koordinatoren sind im Rahmen ihrer jeweiligen innerstaatlichen Rechts- und sonstigen Vorschriften von jeder Vertragspartei ermächtigt,
1. Projektvereinbarungen zu schließen,
  2. für die andere Vertragspartei als Kontaktstelle zu dienen und die einzelnen Maßnahmen für den Programmablauf zu treffen und
  3. für regelmäßige Überprüfungen des Standes und der Fortschritte des Gesamtprogramms und seiner einzelnen Projekte zu sorgen.
- (e) Die Vertragsparteien respektieren alle Bedingungen, die sich auf technische Unterlagen, Patente oder sonstige technische Daten und Erfahrungen beziehen und die ihre Verwendung durch den Empfänger oder ihre Weitergabe an Dritte beschränken.
- (b) Cooperative projects shall be the subject of project agreements describing the information and experience to be exchanged, and setting forth the details of any cost-sharing or task-sharing involved. Such project agreements will become Addenda to this Memorandum.
- (c) Specific activities in connection with this program will be contingent upon the availability of funds.
- (d) To implement this Memorandum of Understanding, each Party has appointed an appropriate official as its Program Coordinator. The Program Coordinators are authorized by each Party, subject to their respective national laws and regulations, to:
1. Conclude project agreements;
  2. Provide a point of contact for the other Party in making detailed arrangements for project activity; and,
  3. Arrange for regular reviews of the status and achievements of the overall program and its component projects.
- (e) Any conditions relating to technical documents, patents, and other technical data and experience which restrict their use by the receiving Party or restrict their delivery to a third party shall be respected by the Parties.

III. Als Gebiete von gemeinsamem Interesse wurden zunächst die folgenden festgelegt:

Energie und Verkehr,  
 Stadtverkehr,  
 Sicherheit und Flugsicherheit in der Zivilluftfahrt,  
 Verkehrslenkungssysteme in der Schifffahrt,  
 Verkehrswirtschaft und -planung,  
 Straßenbau, Straßenunterhaltung und Straßenverkehrstechnik,  
 Sicherheit der Kraftfahrzeuge und Verkehrssicherheit,  
 Eisenbahnbau und -betrieb.

Ergänzungen und Änderungen dieser Liste können von Zeit zu Zeit in gegenseitigem Einvernehmen vorgenommen werden.

IV. Diese Vereinbarung gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten der Vereinbarung eine gegenteilige Erklärung abgibt.

V. Diese Vereinbarung tritt am Tag ihrer Unterzeichnung in Kraft und bleibt bis zur schriftlichen Kündigung durch eine der Vertragsparteien wirksam.

Geschehen zu Washington, D.C., am 3. September 1975, in zwei Urschriften, jede in deutscher und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Der Bundesminister für Verkehr  
 der Bundesrepublik Deutschland  
 K. Gscheidle  
 Der Verkehrsminister  
 der Vereinigten Staaten von Amerika  
 William T. Coleman, Jr.

III. The following have been identified as the current areas of mutual interest:

Energy and Transportation,  
 Urban Transportation,  
 Civil Aviation Safety and Traffic Control,  
 Vessel Traffic Systems,  
 Transportation Economics and Planning,  
 Road Construction, Road Maintenance, and Traffic Engineering,  
 Motor Vehicle and Traffic Safety,  
 Railway Construction and Operation.

Additions to and deletions from this list may be made from time to time by mutual agreement.

IV. This Memorandum of Understanding shall also apply to Land Berlin, provided that the Government of the Federal Republic of Germany does not make a contrary declaration to the Government of the United States of America within three months of the date of entry into force of this Memorandum of Understanding.

V. This Memorandum of Understanding shall enter into force on the date of signature thereof and shall continue in effect until it is terminated on written notice by either Party.

Done at Washington, D.C., on September 3, 1975, in duplicate in the English and German languages, both texts being equally authentic.

The Secretary of Transportation  
 of the United States of America  
 William T. Coleman, Jr.  
 The Federal Minister of Transport  
 of the Federal Republic of Germany  
 K. Gscheidle

**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich des Straßburger Abkommens  
über die Internationale Patentklassifikation**

**Vom 6. November 1975**

Das am 24. März 1971 unterzeichnete Straßburger Abkommen über die Internationale Patentklassifikation (Bundesgesetzbl. 1975 II S. 283) tritt nach seinem Artikel 13 Abs. 1 Buchstabe b für

Belgien	am	4. Juli 1976
Finnland	am	16. Mai 1976
Monaco	am	13. Juni 1976
Sowjetunion	am	3. Oktober 1976

in Kraft.

Bei Hinterlegung ihrer Ratifikationsurkunden haben Erklärungen abgegeben

nach Artikel 4 Abs. 4 Ziffer i des Abkommens

Finnland,

nach Artikel 4 Abs. 4 Ziffer ii des Abkommens

Belgien,

Monaco.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 28. Februar 1975 (Bundesgesetzbl. II S. 283).

Bonn, den 6. November 1975

Der Bundesminister des Auswärtigen  
Im Auftrag  
Dreher

**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich der Konvention  
über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes**

**Vom 10. November 1975**

Die Bahamas haben am 5. August 1975 dem Generalsekretär der Vereinten Nationen notifiziert, daß sie die Konvention vom 9. Dezember 1948 über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes (Bundesgesetzbl. 1954 II S. 729), deren Anwendung von dem Vereinigten Königreich vor Erlangung der Unabhängigkeit auf das Hoheitsgebiet der Bahamas erstreckt worden war, als gebunden betrachten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 26. März 1970 (Bundesgesetzbl. II S. 202) und vom 7. Oktober 1975 (Bundesgesetzbl. II S. 1478).

Bonn, den 10. November 1975

Der Bundesminister des Auswärtigen  
Im Auftrag  
Dreher

**Bekanntmachung  
über das Inkrafttreten des Abkommens  
zwischen der Bundesrepublik Deutschland  
und der Regierung von Sierra Leone  
über den Luftverkehr**

**Vom 13. November 1975**

Nach Artikel 2 Abs. 2 des Gesetzes vom 15. November 1974 zu dem Abkommen vom 24. September 1970 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung von Sierra Leone über den Luftverkehr (Bundesgesetzbl. 1974 II S. 1333) wird hiermit bekanntgemacht, daß das Abkommen nach seinem Artikel 19 Abs. 2

am 20. November 1975

in Kraft treten wird.

Die Ratifikationsurkunden sind am 21. Oktober 1975 in Freetown ausgetauscht worden.

Bonn, den 13. November 1975

Der Bundesminister des Auswärtigen  
Im Auftrag  
Dreher

---

**Bekanntmachung  
zu den Artikeln 25 und 46 der Konvention  
zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten**

**Vom 14. November 1975**

Italien hat die Zuständigkeit der Europäischen Kommission für Menschenrechte nach Artikel 25 und des Europäischen Gerichtshofs nach Artikel 46 der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 4. November 1950 (Bundesgesetzbl. 1952 II S. 685, 953) — letztere unter der Bedingung der Gegenseitigkeit —

mit Wirkung vom 1. August 1975  
für weitere drei Jahre

anerkannt.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 3. August 1973 (Bundesgesetzbl. II S. 1136) und vom 7. Oktober 1975 (Bundesgesetzbl. II S. 1494).

Bonn, den 14. November 1975

Der Bundesminister des Auswärtigen  
Im Auftrag  
Dreher

**Bekanntmachung**  
**über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens**  
**über Maßnahmen auf Hoher See bei Ölverschmutzungs-Unfällen**

**Vom 17. November 1975**

Das Internationale Übereinkommen vom 29. November 1969 über Maßnahmen auf Hoher See bei Ölverschmutzungs-Unfällen (Bundesgesetzbl. 1975 II S. 137) ist nach seinem Artikel XI Abs. 2 in Kraft getreten oder tritt in Kraft für

Libanon	am 3. September 1975
Niederlande	am 18. Dezember 1975

Die Niederlande haben das Übereinkommen nach seinem Artikel XIII mit Wirkung vom 18. Dezember 1975 auf Surinam und die Niederländischen Antillen, die Vereinigten Staaten mit Wirkung vom 8. Dezember 1975 auf Puerto Rico, Guam, Panamakanal-Zone, Amerikanische Jungferninseln, Amerikanisch-Samoa, Treuhandgebiet Pazifikinseln erstreckt.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 6. August 1975 (Bundesgesetzblatt II S. 1196).

Bonn, den 17. November 1975

Der Bundesminister des Auswärtigen  
Im Auftrag  
Dreher

---

**Bekanntmachung**  
**des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland**  
**und der Regierung der Republik Dahome**  
**über Kapitalhilfe**

**Vom 17. November 1975**

In Cotonou ist am 21. Oktober 1975 ein Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Dahome über Kapitalhilfe unterzeichnet worden. Das Abkommen ist nach seinem Artikel 8

am 21. Oktober 1975

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 17. November 1975

Der Bundesminister  
für wirtschaftliche Zusammenarbeit  
Im Auftrag  
Böll

**Abkommen  
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland  
und der Regierung der Republik Dahome  
über Kapitalhilfe**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland  
und

die Regierung der Republik Dahome,

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Dahome,

in dem Wunsche, diese freundschaftlichen Beziehungen durch fruchtbare Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe zu festigen und zu vertiefen,

im Bewußtsein, daß die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in der Republik Dahome beizutragen,

sind wie folgt übereingekommen:

**Artikel 1**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Republik Dahome, bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt/Main, für das Vorhaben „Olmühle Bohicon“ ein Darlehen bis zu 17 Mio DM (in Worten: Siebzehn Millionen Deutsche Mark) aufzunehmen.

**Artikel 2**

Die Verwendung dieses Darlehens sowie die Bedingungen, zu denen es gewährt wird, bestimmen die zwischen dem Darlehensnehmer und der Kreditanstalt für Wiederaufbau abzuschließenden Verträge, die den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegen.

**Artikel 3**

Die Regierung der Republik Dahome stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und

sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die bei Abschluß oder Durchführung der in Artikel 2 erwähnten Verträge in Dahome erhoben werden.

**Artikel 4**

Die Regierung der Republik Dahome überläßt bei den sich aus der Darlehensgewährung ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in dem deutschen Geltungsbereich dieses Abkommens ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

**Artikel 5**

Lieferungen und Leistungen für Vorhaben, die aus dem Darlehen finanziert werden, sind international öffentlich auszuschreiben, soweit nicht im Einzelfall etwas Abweichendes festgelegt wird.

**Artikel 6**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland legt besonderen Wert darauf, daß bei den sich aus der Darlehensgewährung ergebenden Lieferungen die Erzeugnisse der Industrie des Landes Berlin bevorzugt berücksichtigt werden.

**Artikel 7**

Mit Ausnahme der Bestimmungen des Artikels 4 hinsichtlich des Luftverkehrs gilt dieses Abkommen auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Republik Dahome innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

**Artikel 8**

Dieses Abkommen tritt am Tage seiner Unterzeichnung in Kraft.

GESCHEHEN zu Cotonou am 21. Oktober 1975 in zwei  
Urschriften, jede in deutscher und französischer Sprache,  
wobei jeder Wortlaut verbindlich ist.

Für die Regierung  
der Bundesrepublik Deutschland  
Hans-Joachim Heldt

Für die Regierung  
der Republik Dahome  
Alla daye

**Bekanntmachung  
über das Inkrafttreten der Verordnung und des Neunten Protokolls  
zur Verlängerung der Geltungsdauer der Erklärung  
über den vorläufigen Beitritt Tunesiens  
zum Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen**

**Vom 17. November 1975**

Auf Grund des § 3 Abs. 3 der Verordnung vom 15. August 1975 zur Verlängerung der Geltungsdauer der Erklärung über den vorläufigen Beitritt Tunesiens zum Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (Bundesgesetzbl. II S. 1180) wird hiermit bekanntgemacht, daß die Verordnung nach ihrem § 3 Abs. 1

am 4. November 1975

in Kraft getreten ist.

Am gleichen Tage ist das Neunte Protokoll vom 7. November 1973 zur Verlängerung der Geltungsdauer der Erklärung über den vorläufigen Beitritt Tunesiens zum Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen nach seinem Absatz 2 Satz 3 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft getreten.

Bonn, den 17. November 1975

Der Bundesminister des Auswärtigen  
Im Auftrag  
Dreher

---

**Bekanntmachung  
über das Inkrafttreten des Abkommens  
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Sambia  
zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete  
der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen**

**Vom 21. November 1975**

Nach Artikel 4 Abs. 2 des Gesetzes vom 24. April 1975 zu dem Abkommen vom 30. Mai 1973 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Sambia zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen (Bundesgesetzbl. 1975 II S. 661) wird hiermit bekanntgemacht, daß das Abkommen nach seinem Artikel 29 Abs. 2

am 8. November 1975

in Kraft getreten ist.

Die Ratifikationsurkunden sind am 7. November 1975 in Lusaka ausgetauscht worden.

Bonn, den 21. November 1975

Der Bundesminister des Auswärtigen  
Im Auftrag  
Dreher

**Bekanntmachung**  
**über das Inkrafttreten des Übereinkommens Nr. 132**  
**der Internationalen Arbeitsorganisation**  
**über den bezahlten Jahresurlaub (Neufassung vom Jahre 1970)**

**Vom 21. November 1975**

Nach Artikel 3 Abs. 2 des Gesetzes vom 30. April 1975 zu dem Übereinkommen Nr. 132 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 24. Juni 1970 über den bezahlten Jahresurlaub (Neufassung vom Jahre 1970) (Bundesgesetzbl. 1975 II S. 745) wird hiermit bekanntgemacht, daß das Übereinkommen nach seinem Artikel 18 Abs. 3 für die

Bundesrepublik Deutschland am 1. Oktober 1976 mit Übernahme der Verpflichtungen nach Artikel 15 Abs. 1 Buchstaben a und b in Kraft treten wird; die Eintragung der Ratifikation durch den Generaldirektor der Internationalen Arbeitsorganisation erfolgte am 1. Oktober 1975.

Das Übereinkommen ist bereits für folgende Staaten in Kraft getreten:

Irak am 19. Februar 1975  
mit Übernahme der Verpflichtungen nach Artikel 15 Abs. 1 Buchstaben a und b

Irland am 20. Juni 1975  
mit Übernahme der Verpflichtungen nach Artikel 15 Abs. 1 Buchstabe a

Kamerun am 7. August 1974  
mit Übernahme der Verpflichtungen nach Artikel 15 Abs. 1 Buchstaben a und b

Madagaskar am 30. Juni 1973  
mit Übernahme der Verpflichtungen nach Artikel 15 Abs. 1 Buchstaben a und b

Norwegen am 22. Juni 1974  
mit Übernahme der Verpflichtungen nach Artikel 15 Abs. 1 Buchstaben a und b

Obervolta am 12. Juli 1975  
mit Übernahme der Verpflichtungen nach Artikel 15 Abs. 1 Buchstaben a und b

Spanien am 30. Juni 1973  
mit Übernahme der Verpflichtungen nach Artikel 15 Abs. 1 Buchstabe a

und wird in Kraft treten für:

Jugoslawien am 12. Mai 1976  
mit Übernahme der Verpflichtungen nach Artikel 15 Abs. 1 Buchstaben a und b

Bonn, den 21. November 1975

Der Bundesminister des Auswärtigen  
Im Auftrag  
Dreher

**Bekanntmachung**  
**über die Änderung der Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation**  
**und den Geltungsbereich**

**Vom 21. November 1975**

1. Die Allgemeine Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation hat auf ihrer 57. Tagung in Genf am 27. Juni 1972 die Urkunde zur Abänderung der Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation angenommen. Nach Artikel 36 der Verfassung (Bundesgesetzbl. 1957 II S. 317) ist die Änderung für alle Mitgliedstaaten

am 1. November 1974

in Kraft getreten: sie wird nachstehend mit einer deutschen Übersetzung veröffentlicht.

2. Mitgliedstaat der Internationalen Arbeitsorganisation wurde die

Deutsche Demokratische Republik am 1. Januar 1974

Ferner sind noch folgende Staaten Mitglied der Internationalen Arbeitsorganisation geworden:\*)

Afghanistan	am	27. September	1934
Ägypten	am	19. Juni	1936
Algerien	am	19. Oktober	1962
Argentinien	am	18. Juli	1919
Äthiopien	am	28. September	1923
Australien			1919
Bangladesch	am	22. Juni	1972
Barbados	am	8. Mai	1967
Belgien			1919
Birma	am	18. Mai	1948
Bolivien			1919
Brasilien			1919
Bulgarien	am	16. Dezember	1920
Burundi	am	11. März	1963
Chile			1919
China			1919
Costa Rica	am	21. April	1944
Dahome	am	14. Dezember	1960
Dänemark			1919
Dominikanische Republik	am	29. September	1924
Ecuador	am	28. September	1934
Elfenbeinküste	am	21. November	1960
El Salvador	am	21. Juni	1948
Fidschi	am	19. April	1974
Finnland	am	16. Dezember	1920
Frankreich			1919
Gabun	am	14. Oktober	1960

Ghana	am	20. Mai	1957
Griechenland			1919
Guatemala	am	19. Oktober	1945
Guinea	am	21. Januar	1959
Guyana	am	8. Juni	1966
Haiti			1919
Honduras	am	1. Januar	1955
Indien			1919
Indonesien	am	12. Juni	1950
Irak	am	3. Oktober	1932
Iran			1919
Irland	am	10. September	1923
Island	am	19. Oktober	1945
Israel	am	13. Mai	1949
Italien	am	19. Oktober	1945
Jamaika	am	26. Dezember	1962
Japan	am	26. November	1951
Jemen (Arabische Republik)	am	20. Mai	1965
Jemen (Demokratischer)	am	14. April	1969
Jordanien	am	26. Januar	1956
Jugoslawien	am	23. Mai	1951
Kambodscha	am	24. Februar	1969
Kamerun	am	7. Juni	1960
Kanada			1919
Katar	am	25. April	1972
Kenia	am	13. Januar	1964
Kolumbien			1919
Kongo	am	10. November	1960
Kuba			1919
Kuwait	am	13. Juni	1961
Laos	am	23. Januar	1964
Libanon	am	23. Dezember	1948
Liberia			1919
Libyen	am	11. Juni	1952
Luxemburg	am	16. Dezember	1920
Madagaskar	am	1. November	1960
Malawi	am	22. März	1965
Malaysia	am	11. November	1957
Mali	am	22. September	1960
Malta	am	4. Januar	1965
Marokko	am	13. Juni	1956
Mauretania	am	20. Juni	1961
Mauritius	am	5. Mai	1969
Mexiko	am	12. September	1931
Mongolei	am	24. Mai	1968

\*) Anmerkung:

Soweit Staaten vor dem angegebenen Zeitpunkt des Inkrafttretens schon einmal Mitglied der Organisation waren, ist dies in der Übersicht nicht vermerkt.

Nepal	am	30. August 1966	Sri Lanka	am	28. Juni 1948
Neuseeland		1919	Sudan	am	12. Juni 1956
Nicaragua	am	9. April 1957	Südvietnam	am	21. Juni 1950
Niederlande		1919	Swasiland	am	20. Mai 1975
Niger	am	27. Februar 1961	Syrien	am	30. Oktober 1961
Nigeria	am	17. Oktober 1960	Tansania	am	30. Januar 1962
Norwegen		1919	Thailand		1919
Obervolta	am	21. November 1960	Togo	am	7. Juni 1960
Osterreich	am	24. Juni 1947	Trinidad und Tobago	am	24. Mai 1963
Pakistan	am	31. Oktober 1947	Tschad	am	10. November 1960
Panama		1919	Tschechoslowakei		1919
Paraguay	am	5. September 1956	Tunesien	am	12. Juni 1956
Peru		1919	Türkei	am	18. Juli 1932
Philippinen	am	15. Juni 1948	Uganda	am	25. März 1963
Polen		1919	Ungarn	am	18. September 1922
Portugal		1919	Uruguay		1919
Ruanda	am	18. September 1962	Venezuela	am	16. März 1958
Rumänien	am	11. Mai 1956	Vereinigte Arabische Emirate	am	25. April 1972
Sambia	am	2. Dezember 1964	Vereinigtes Königreich		1919
Schweden		1919	Vereinigte Staaten	am	20. August 1934
Schweiz		1919	Zaire	am	20. September 1960
Senegal	am	4. November 1960	Zentralafrikanische Republik	am	27. Oktober 1960
Sierra Leone	am	13. Juni 1961	Zypern	am	23. September 1960
Singapur	am	25. Oktober 1965			
Somalia	am	18. November 1960			
Sowjetunion	am	26. April 1954			
Ukraine	am	12. Mai 1954			
Weißrußland	am	12. Mai 1954			
Spanien	am	28. Mai 1956			

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 18. Januar 1964 (Bundesgesetzbl. II S. 100).

Bonn, den 21. November 1975

Der Bundesminister des Auswärtigen  
In Vertretung  
Hermes

Der Bundesminister  
für innerdeutsche Beziehungen  
In Vertretung  
Morgenstern

## Urkunde zur Abänderung der Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation

### Instrument for the Amendment of the Constitution of the International Labour Organisation

### Instrument pour l'amendement de la Constitution de l'Organisation internationale du Travail

(Übersetzung)

The General Conference of the International Labour Organisation,

Having been convened at Geneva by the Governing Body of the International Labour Office, and having met in its Fifty-seventh Session on 7 June 1972; and

Having decided upon the adoption of proposals for the substitution, in the provisions of the Constitution of the International Labour Organisation relating to membership of the Governing Body, of the figures "fifty-six", "twenty-eight", "eighteen" and "fourteen" for the figures "forty-eight", "twenty-four", "fourteen" and "twelve" a question which is the seventh item on the agenda of the session,

adopts this twenty-second day of June of the year one thousand nine hundred and seventy-two the following instrument for the amendment of the Constitution of the International Labour Organisation, which may be cited as the Constitution of the International Labour Organisation Instrument of Amendment, 1972:

#### Article 1

In the text of the Constitution of the International Labour Organisation as at present in force, the figures "fifty-six", "twenty-eight", "eighteen" and "fourteen" shall be substituted for the figures "forty-eight", "twenty-four", "fourteen" and "twelve" in paragraphs 1 and 2 of article 7.

#### Article 2

As from the date of the coming into force of this Instrument of Amend-

La Conférence générale de l'Organisation internationale du Travail,

Convoquée à Genève par le Conseil d'administration du Bureau international du Travail, et s'y étant réunie le 7 juin 1972, en sa cinquante-septième session;

Après avoir décidé d'adopter les propositions tendant à remplacer, dans les dispositions de la Constitution de l'Organisation internationale du Travail relatives à la composition du Conseil d'administration, les nombres «quarante-huit», «vingt-quatre», «quatorze» et «douze» par les nombres «cinquante-six», «vingt-huit», «dix-huit» et «quatorze», question qui constitue le septième point à l'ordre du jour de la session,

adopte, ce vingt-deuxième jour de juin mil neuf cent soixante-douze, l'instrument ci-après pour l'amendement de la Constitution de l'Organisation internationale du Travail, instrument qui sera dénommé Instrument d'amendement à la Constitution de l'Organisation internationale du Travail, 1972:

#### Article 1

Dans le texte de la Constitution de l'Organisation internationale du Travail, telle qu'elle est actuellement en vigueur, les nombres «cinquante-six», «vingt-huit», «dix-huit» et «quatorze» remplaceront les nombres «quarante-huit», «vingt-quatre», «quatorze» et «douze» aux paragraphes 1 et 2 de l'article 7.

#### Article 2

A partir de la date de l'entrée en vigueur du présent instrument d'amen-

Die Allgemeine Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation,

die vom Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes nach Genf einberufen wurde und am 7. Juni 1972 zu ihrer siebenundfünfzigsten Tagung zusammengetreten ist,

hat beschlossen, die Anträge anzunehmen, in den Bestimmungen der Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation über die Zusammensetzung des Verwaltungsrates die Zahlen „achtundvierzig“, „vierundzwanzig“, „vierzehn“ und „zwölf“ durch die Zahlen „sechsendfünfzig“, „achtundzwanzig“, „achtzehn“ und „vierzehn“ zu ersetzen, eine Frage, die den siebenten Gegenstand ihrer Tagesordnung bildet.

Die Konferenz nimmt heute, am 22. Juni 1972, die folgende Urkunde zur Abänderung der Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation an, die als Abänderungsurkunde zur Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation, 1972, bezeichnet wird.

#### Artikel 1

In der gegenwärtig geltenden Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation werden die Zahlen „achtundvierzig“, „vierundzwanzig“, „vierzehn“ und „zwölf“ in Artikel 7 Absätze 1 und 2 durch die Zahlen „sechsendfünfzig“, „achtundzwanzig“, „achtzehn“ und „vierzehn“ ersetzt.

#### Artikel 2

Vom Tage des Inkrafttretens dieser Abänderungsurkunde gilt die Verfas-

ment the Constitution of the International Labour Organisation shall have effect as amended in accordance with the preceding Article.

#### Article 3

On the coming into force of this Instrument of Amendment, the Director-General of the International Labour Office shall cause an official text of the Constitution of the International Labour Organisation as modified by the provisions of this Instrument to be prepared in two original copies, duly authenticated by his signature. One of these copies shall be deposited in the archives of the International Labour Office and the other shall be communicated to the Secretary-General of the United Nations for registration in accordance with Article 102 of the Charter of the United Nations. The Director-General shall communicate a certified copy of the text to each of the Members of the International Labour Organisation.

#### Article 4

Two copies of this Instrument of Amendment shall be authenticated by the signatures of the President of the Conference and of the Director-General of the International Labour Office. One of these copies shall be deposited in the archives of the International Labour Office and the other shall be communicated to the Secretary-General of the United Nations for registration in accordance with Article 102 of the Charter of the United Nations. The Director-General shall communicate a certified copy of the Instrument to each of the Members of the International Labour Organisation.

#### Article 5

1. The formal ratifications or acceptances of this Instrument of Amendment shall be communicated to the Director-General of the International Labour Office, who shall notify the Members of the Organisation of the receipt thereof.

2. This Instrument of Amendment will come into force in accordance with the provisions of article 36 of the Constitution of the Organisation.

3. On the coming into force of this Instrument, the Director-General of the International Labour Office shall so notify all the Members of the International Labour Organisation and the Secretary-General of the United Nations.

The foregoing is the authentic text of the Instrument for the amendment

dement, la Constitution de l'Organisation internationale du Travail aura effet dans la forme amendée conformément à l'article précédent.

#### Article 3

Dès l'entrée en vigueur du présent instrument d'amendement, le Directeur général du Bureau international du Travail fera établir un texte officiel de la Constitution de l'Organisation internationale du Travail, telle qu'elle aura été modifiée par les dispositions de cet instrument d'amendement, en deux exemplaires originaux dûment signés par lui, dont l'un sera déposé aux archives du Bureau international du Travail, et l'autre entre les mains du Secrétaire général des Nations Unies aux fins d'enregistrement conformément aux termes de l'article 102 de la Charte des Nations Unies. Le Directeur général communiquera une copie certifiée conforme de ce texte à chacun des Membres de l'Organisation internationale du Travail.

#### Article 4

Deux exemplaires authentiques du présent instrument d'amendement seront signés par le Président de la Conférence et par le Directeur général du Bureau international du Travail. L'un de ces exemplaires sera déposé aux archives du Bureau international du Travail, et l'autre entre les mains du Secrétaire général des Nations Unies aux fins d'enregistrement conformément aux termes de l'article 102 de la Charte des Nations Unies. Le Directeur général communiquera une copie certifiée conforme de l'instrument à chacun des Membres de l'Organisation internationale du Travail.

#### Article 5

1. Les ratifications ou acceptations formelles du présent instrument d'amendement seront communiquées au Directeur général du Bureau international du Travail, qui en informera les Membres de l'Organisation.

2. Le présent instrument d'amendement entrera en vigueur dans les conditions prévues à l'article 36 de la Constitution de l'Organisation internationale du Travail.

3. Dès l'entrée en vigueur du présent instrument d'amendement, le Directeur général du Bureau international du Travail notifiera ce fait à tous les Membres de l'Organisation internationale du Travail et au Secrétaire général des Nations Unies.

Le texte qui précède est le texte authentique de l'instrument pour

sung der Internationalen Arbeitsorganisation in der nach dem vorstehenden Artikel abgeänderten Fassung.

#### Artikel 3

Sobald diese Abänderungsurkunde in Kraft getreten ist, läßt der Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes zwei Urschriften des amtlichen Wortlautes der durch die Bestimmungen dieser Abänderungsurkunde geänderten Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation anfertigen und versieht sie mit seiner Unterschrift. Eine Urschrift wird im Archiv des Internationalen Arbeitsamtes hinterlegt, die andere dem Generalsekretär der Vereinten Nationen zwecks Eintragung nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen übermittelt. Der Generaldirektor stellt jedem Mitglied der Internationalen Arbeitsorganisation eine beglaubigte Abschrift dieses Wortlautes zu.

#### Artikel 4

Zwei maßgebende Ausfertigungen dieser Abänderungsurkunde werden vom Präsidenten der Konferenz und vom Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes unterzeichnet. Eine Ausfertigung wird im Archiv des Internationalen Arbeitsamtes hinterlegt, die andere dem Generalsekretär der Vereinten Nationen zwecks Eintragung nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen übermittelt. Der Generaldirektor stellt jedem Mitglied der Internationalen Arbeitsorganisation eine beglaubigte Abschrift dieser Urkunde zu.

#### Artikel 5

1. Die förmlichen Ratifikationen oder Annahmen dieser Abänderungsurkunde sind dem Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes mitzuteilen, der den Mitgliedern der Organisation davon Kenntnis gibt.

2. Diese Abänderungsurkunde tritt nach den Bestimmungen des Artikels 36 der Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation in Kraft.

3. Sobald diese Abänderungsurkunde in Kraft getreten ist, gibt der Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes dies allen Mitgliedern der Internationalen Arbeitsorganisation und dem Generalsekretär der Vereinten Nationen bekannt.

Der vorstehende Wortlaut ist der verbindliche Wortlaut der Urkunde

of the Constitution of the International Labour Organisation duly adopted by the General Conference of the International Labour Organisation during its Fifty-seventh Session which was held at Geneva and declared closed the twenty-seventh day of June 1972.

The English and French versions of the text of this Instrument of Amendment are equally authoritative.

IN FAITH WHEREOF we have appended our signatures this twenty-seventh day of June 1972:

l'amendement de la Constitution de l'Organisation internationale du Travail, dûment adopté par la Conférence générale de l'Organisation internationale du Travail dans sa cinquante-septième session qui s'est tenue à Genève et qui a été déclarée close le 27 juin 1972.

Les versions française et anglaise du texte du présent instrument d'amendement font également foi.

EN FOI DE QUOI ont apposé leurs signatures, ce vingt-septième jour de juin 1972:

zur Änderung der Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation, die von der Allgemeinen Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation auf ihrer 57., in Genf abgehaltenen und am 27. Juni 1972 für abgeschlossen erklärten Tagung ordnungsgemäß angenommen wurde.

Die englische und französische Fassung des Wortlauts dieser Urkunde sind gleichermaßen verbindlich.

ZU URKUND DESSEN haben heute, am 27. Juni 1972, ihre Unterschriften unter diese Urkunde gesetzt:

Der Präsident der Konferenz  
The President of the Conference  
Le Président de la Conférence

G. V e l d k a m p

Der Generaldirektor  
des Internationalen Arbeitsamts  
The Director-General  
of the International Labour Office  
Le Directeur général  
du Bureau international du Travail

Wilfred J e n k s

---

**Bekanntmachung**  
**über den Geltungsbereich des Zollübereinkommens**  
**über den internationalen Warentransport mit Carnets TIR**  
**Vom 25. November 1975**

Das Zollübereinkommen vom 15. Januar 1959 über den internationalen Warentransport mit Carnets TIR — TIR-Übereinkommen — (Bundesgesetzblatt 1961 II S. 649) tritt nach seinem Artikel 40 Abs. 2 für

Marokko am 8. Januar 1976  
in Kraft.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 14. Januar 1975 (Bundesgesetzbl. II S. 134).

Bonn, den 25. November 1975

Der Bundesminister des Auswärtigen  
Im Auftrag  
Dreher

---

**Bekanntmachung**  
**über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens**  
**zur Vereinheitlichung der Methoden**  
**zur Untersuchung und Beurteilung von Wein**  
**Vom 26. November 1975**

Das Internationale Übereinkommen vom 13. Oktober 1954 zur Vereinheitlichung der Methoden zur Untersuchung und Beurteilung von Wein (Bundesgesetzbl. 1959 II S. 456) ist nach seinem Artikel 8 Abs. 3 für

Ungarn am 20. November 1975  
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 8. Juli 1974 (Bundesgesetzblatt II S. 1057).

Bonn, den 26. November 1975

Der Bundesminister des Auswärtigen  
Im Auftrag  
Dreher

## **Übersicht über den Stand der Bundesgesetzgebung**

Die 297. Übersicht über den Stand der Bundesgesetzgebung, abgeschlossen am 31. Oktober 1975, ist im Bundesanzeiger Nr. 216 vom 21. November 1975 erschienen.

**Diese Übersicht enthält bei den aufgeführten Gesetzesvorlagen  
alle wichtigen Daten des Gesetzgebungsablaufs**

sowie Hinweise auf die

**Bundestags- und Bundesrats-Drucksachen  
und**

**auf die sachlich zuständigen Ausschüsse des Bundestages.**

Verkündete Gesetze sind nur noch in der der Verkündung folgenden Übersicht enthalten.

Der Bundesanzeiger Nr. 216 vom 21. November 1975 kann zum Preis von 1,— DM (einschl. Versandgebühr) gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postscheckkonto „Bundesanzeiger“ Köln 834 00-502 bezogen werden.

**Herausgeber: Der Bundesminister der Justiz**

Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. — Druck: Bundesdruckerei Bonn

Im Bundesgesetzblatt Teil I werden Gesetze, Verordnungen, Anordnungen und damit im Zusammenhang stehende Bekanntmachungen veröffentlicht. Im Bundesgesetzblatt Teil II werden völkerrechtliche Vereinbarungen, Verträge mit der DDR und die dazu gehörenden Rechtsvorschriften und Bekanntmachungen sowie Zolltarifverordnungen veröffentlicht.

**Bezugsbedingungen:** Laufender Bezug nur im Postabonnement. Abbestellungen müssen bis spätestens 30. 4. bzw. 31. 10. jeden Jahres beim Verlag vorliegen. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben: Bundesgesetzblatt 53 Bonn 1, Postfach 6 24, Tel. (0 22 21) 23 80 67 bis 69.

**Bezugspreis:** Für Teil I und Teil II halbjährlich je 40,— DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 1,10 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Januar 1975 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postscheckkonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99-509 oder gegen Vorausrechnung.

**Preis dieser Ausgabe:** 1,50 DM (1,10 DM zuzüglich —,40 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 1,90 DM. Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 5,5 %.